



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Paris und der Main.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Paris und der Main.

Ihrer Reize froh bewußt, empfängt Aspasia-Paris strahlend den Besuch der Fürsten und Völker Europas, und Perikles-Napoleon ist beflissen, als Hausherr den gekrönten Häuptern die Schönheit seiner Freundin werth zu machen. — Wir wollen uns hüten, die Bedeutung dieser vornehmen Besuche in der Hauptstadt Frankreichs zu unterschätzen. Noch immer wird bei uns die Politik weit mehr, als das Volk meint, durch die persönlichen Stimmungen geformt, welche die Herrscher gegen einander hegen. Unter den fein ausgebildeten Formen höfischer Artigkeit gestaltet sich häufig auch ein näheres menschliches Verhältniß, Verständniß des Andern, Vertrauen zu Tüchtigkeit und Charakter; freilich wird zuweilen auch der innere Gegensatz schärfer trotz gegenseitiger Liebenswürdigkeit im Verkehr, welche aus langjähriger Uebung und lebhaftem Bedürfniß zu gefallen hervorgeht. Wenn eine Artigkeit, Brief oder Geschenk, welche ein Souverän dem andern sendet, immerhin durch einige Wochen freundlich gesteigerte Temperatur unterhält, und ein wohlthuender Besuch durch einige Monate den politischen Beziehungen eine milde Wärme zutheilt, warum soll nicht so großartiges Frühlingsfest im friedliebenden Frankreich bis über den nächsten Winter seine besänftigenden Nachwirkungen üben? Es ist ohne Zweifel für den Kaiser von Frankreich ein wirklicher Vortheil, als Wirth die großen Fürsten unseres Continents zuvorkommend aufzunehmen, und wenn ihm die Last dieser Besuche einmal allzuschwer wird, er weiß, daß sie ein kluges Mittel sind, sein Regiment in Frankreich zu befestigen und für seine politischen Auffassungen bei den leitenden Politikern Europas eine gewisse Propaganda zu machen.

Als der Erste unter den Großmächten des Auslandes nahm der Kaiser von Rußland die ganze Fülle von Aufmerksamkeit in Anspruch, welche ein glänzender Hofhalt zu gewähren vermag. Als der Zweite folgt König Wilhelm von Preußen. Man wird ohne Zweifel beflissen sein, ihm nicht weniger officiële Ehren zu erweisen und Licht und Sonne zwischen den beiden großen Fürsten der euro-

päischn Festlandspolitik gleich zu theilen. Uns Deutschen aber haben Kaiser Napoleon und die Franzosen durch ihre Haltung vor wenig Wochen nahe gelegt, jetzt daran zu denken, daß es lange her ist, seit ein König von Preußen zugleich mit dem Kaiser von Rußland durch die Straßen von Paris fuhr. Damals, in harter Kriegszeit, stand der Vater König Wilhelms freiwillig zurück neben der glänzenden Gestalt Kaiser Alexanders. Der Kriegsherr des deutschen Bundes darf höher von seiner Stellung unter den Fürsten Europas denken und wir hoffen, jeder aus seiner Umgebung wird den Gedanken mit nach Paris nehmen, daß seit dem Jahre 1814 sich die realen Machtverhältnisse Preußens wesentlich geändert haben, Dank einer funfzigjährigen Arbeit des preussischen Volkes und der Sorgfalt seiner Fürsten.

Es ist allerdings möglich, daß die Politik Europas für die nächste Zukunft durch diese Fürstenbesuche friedlicher, daß den Neubildungen in Deutschland wie im Südosten Europas die Kriegsgefahr in größere Ferne gerückt wird. Aber eine Bürgschaft dafür geben die realen Verhältnisse der Heimath so wenig als die des Orients. Wir in Deutschland fühlen jetzt die Schranken, welche die Verträge des Jahres 1866 nicht beseitigt oder neu aufgerichtet haben. Diese Empfindung soll uns nicht undankbar machen gegen die großen Resultate, die wird im Kampf und Friedensschluß verdanken. Aber die Stimmung ist nüchterner geworden, und wie Menschennatur ist, auf das Gefühl der Befriedigung folgen berechnete neue Forderungen. Die sächsische und hessische Frage ist durch die von Luxemburg abgelöst worden; jetzt ist die von Nordschleswig erhoben und es drängt die schwierigste und heftigste von allen, die der Mainlinie.

Die Minister der Südstaaten sind zu Vorverhandlungen über Reorganisation des Zollvereins in Berlin vereinigt, und Preußen ist bereits in der Lage, dem deutschen Süden gegenüber seine Hauptkarte, die Zolleinheit, auszuspielen. Innig wünschen wir dadurch eine schnelle Förderung der politischen Einheit Deutschlands, aber wir wagen kaum noch die baldige Erfüllung unserer Wünsche zu hoffen. Nach allem, was man von der Stimmung der südlichen Höfe — immer Baden ausgenommen — wußte, war die Eile doch überraschend, mit welcher die Regierungen und Völker nach einer kurzen Aufwallung der Furcht und des Patriotismus in ihr souveränes Selbstgefühl zurückgesunken sind. Wohl klingt die preussische Behauptung gut, daß man in dem Zollverein ein großes letztes Mittel zur Hand habe, sie an den deutschen Bund festzuschüren. Der Uebelstand ist nur, daß man hierbei das Correctiv, Kündigung der Zollverträge, nur im äußersten Nothfall gebrauchen kann. Die Zugehörigkeit zum Zollverein ist eine Lebensfrage für den Süden und man darf annehmen, daß dort keine Regierung, welche ihr Land dem Zollverein zu entziehen wagte, gegen Zorn und Noth der eigenen Bevölkerung bestehen könnte. Nicht ganz ebenso würde die Wirkung sein, wenn Preußen seinerseits die Verträge kündigte oder

vermittelst starke Pressuren deren Kündigung erzwänge, um Regierungen und Bevölkerungen durch Entziehung der Lebensluft zu höchst Unwillkommenem zu nöthigen. Denn in der zunächst folgenden Periode des Unwillens gegen Preußen und des rathlosen Durcheinanders der Parteien würden die Regierungen auch bei der eigenen Bevölkerung Unterstützung finden, wenn sie das Aeußerste für ihre Souveränität wagten, offenen Widerstand im Bunde mit intriguirenden Nachbarn.

Ja schon jetzt stützt sich der particularistische Widerstand im Süden doch auf die Annahme, daß Frankreich und Oestreich einem Zwange, der durch den Nordbund den Südstaaten zugemuthet wird, bewaffnetes Bündniß entgegensetzen würden. Daß diese Annahme kein Trugbild ist, haben die letzten Wochen gelehrt. Weder Frankreich noch Oestreich werden einem durch die Völker des deutschen Südens geforderten, durch ihre Regierungen pactirten Eintritt in den Bund andere Opposition machen, als daß sie an den betreffenden Höfen alles aufbieten, um den bevorstehenden Abschluß zu hindern, und daß sie ihr äußerstes Mißfallen über eine selbstmörderische Politik ausdrücken. Aber jeder Zwang, der vom deutschen Norden geübt wird und jeder Hilferuf der süddeutschen Cabinete mag für eine Allianz zwischen Wien und Paris willkommene oder unwillkommene Veranlassung werden.

Die Axiome, welche das officiële Preußen seit dem Sommer 1866 in Betreff der Mainlinie aussprach, haben sich zur Zeit nicht bewährt. Zuerst wurden die nikolsburger Verträge und die Mainlinie nicht aus dem aufgelegten äußern Zwang, sondern aus Gründen innerer Zweckmäßigkeit vertheidigt. Wir wollten uns erst nördlich vom Main organisiren. Das hätte die höchste Berechtigung gehabt, wenn es möglich gewesen wäre, das deutsche Gebiet im Süden des Mains bis nach vollendeter Organisation des Nordens vom Ausland gänzlich zu isoliren. Aber die Erfahrung weniger Monate hat gelehrt, daß man den Süden, gleichviel ob er in oder außerhalb des Bundes steht, als deutsches Gebiet mit den Waffen vertheidigen muß, und ferner, daß derselbe durch eigene Kraft nimmermehr eine militärische Widerstandsfähigkeit zu erlangen Hoffnung giebt und daß jeder Monat, der seine Einfügung in die Heeresordnung des deutschen Bundes verzögert, für ihn und uns vom Uebel ist.

Man hatte preußischer Seits zu viel auf die Fähigkeit der süddeutschen Staaten gerechnet, sich unter einander zu verbinden und man scheint sich in allem Ernst mit der Hoffnung getragen zu haben, daß ein süddeutscher Bund, schwach, uneinig und durch sein Parlament gedrängt, sich sofort der norddeutschen Conföderation anschließen würde. Aber dieser Südbund wollte durchaus nicht zu Stande kommen.

Und es war wieder ein Irrthum, als man während des Reichstags in Berlin annahm und durch die officiële Presse verkündigte, dem Eintritt der

Südstaaten in den Bund, zunächst des gesammten Großherzogthums Hessen, stehe kein wesentliches Hinderniß mehr entgegen. Das Hinderniß fand sich so gleich, ein entschiedener Einspruch Oestreichs, welcher die Ausbreitung des Bundes nach dem Süden des Main für eine Verletzung des prager Friedens erklärte. Und dieses Desaveu preussischer Politik ist jetzt durch Erklärung der hessischen Regierung öffentlich constatirt worden.

Wir sind also seit vorigem Jahre zu der Erkenntniß gekommen, daß wir den deutschen Süden schon deshalb nicht in unserem deutschen Bundesstaat entbehren können, weil, so lange er außerhalb des Bundes schwankt, dem Bunde durchaus nicht der Vortheil einer guten strategischen Grenze wird, sondern nur vergrößerte politische und militärische Sorgenlast. Und wir sind zu der zweiten Erkenntniß gekommen, daß wir dies süddeutsche Gebiet gegenwärtig nur auf die Gefahr anschließen können, mit Oestreich und Frankreich einen zweiten Krieg zu führen. Es ist also in der Ordnung, daß wir jetzt auf einem andern Wege die Sache versuchen, indem wir unsere besten Verbündeten, die materiellen Interessen des Südens zu Hilfe rufen. Wir wollen bescheiden von dem augenblicklichen politischen Erfolg lieber zu wenig als zu viel hoffen.

Es scheint im preussischen Plane zu liegen, Abgeordnete der Südstaaten für Zollvereinsachen dem Bundesrath und Reichstag anzufügen. Natürlich wird ein solcher neuer Seitenbau, der an ein kaum unter Dach gebrachtes Gebäude angeschlossen wird, die Schönheit und Consequenz des gesammten Baues nicht grade erhöhen. Das aber soll uns eben so wenig Sorge machen, wie dem Ackerwirth auf neuem Grunde der Zuwachs seiner Wirthschaft, oder dem Fabrikanten einer ausblühenden Industrie die Nothwände, in denen er seine neuen Maschinen aufstellt. Das Wichtigste ist jetzt, daß die eingeleitete Bewegung im Fluß erhalten wird. Wir müssen uns gefaßt machen, große Resultate nicht sofort durchzusetzen, aber wir wissen, daß wir sie auch durch die neue wunderliche Institution eines affiliirten Zollparlamentes vorbereiten.

Unterdeß bleiben wir uns bewußt, daß wir im Sonnenlicht des Völkerfriedens an die Abwehr bevorstehenden rauhen Wetters zu denken haben. Wir haben nicht gerüstet, wir sind also nicht veranlaßt, abzurüsten. Aber wir werden trotz aller Friedensvereine die Durchführung der Militärorganisation unseres Bundes für den ersten und zur Zeit noch für den bedeutsamsten Gewinn der politischen Umgestaltung Deutschlands halten.